

Dr. Franz Schausberger

## **„Radikale Phase, Wahlbündnisse und Kontinuitäten. Landtagswahlkämpfe in Österreichs Bundesländern 1919 bis 1932“**

*Buchpräsentation: Sitzungssaal des Bundesrats des Parlaments, Wien/Österreich, 20. Juli 2017*

Im Namen des Forschungsinstituts für politisch-historische Studien der W. H. B. darf ich Sie gemeinsam mit meinen beiden Vorstandsmitgliedern Prof. Dr. Kriechbaumer und Hofrat Weinberger sowie den Mitherausgebern Herbert Dachs und Michael Dippelreiter herzlichen willkommen heißen.

Ich darf mich bei der Präsidentin des Bundesrates, Frau Sonja Ledl-Rossmann für die Gastfreundschaft und bei Frau Landtagspräsidentin Dr. Brigitta Pallauf für die Grußworte und die Anreise nach Wien bedanken.

Das vorliegende Buch ist die logische Fortsetzung des von Herbert Dachs im Jahr 2006 herausgegebenen Sammelbandes „Zwischen Wettbewerb und Konsens – Landtagswahlkämpfe in Österreichs Bundesländern 1945 bis 1970“. Die Lücke der Ersten Republik musste geschlossen werden, die Landtagswahlen von 1970 bis in die Gegenwart warten auf ihre historisch-politikwissenschaftliche Aufarbeitung.

Das Buch, an dem zwölf Autoren mitgewirkt haben, ist in drei Teile geteilt.

Der erste Teil beinhaltet eine theoretische Einleitung mit allgemeinen Überlegungen zu Wahlen und Wahlkämpfe von Herbert Dachs. Dann folgen die Einzelstudien der neun Bundesländer und den dritten Teil bildet ein zusammenfassendes, systematisch vergleichendes Resümee von Martin Dolezal. In der Mittel des Buches ist ein umfassender Bildteil. Ich danke den anwesenden Dr. Erik Eybl, der uns viele Plakاتفotos zur Verfügung gestellt hat und der nächste Woche vom Bundespräsidenten den Professorentitel erhalten wird.

Lassen Sie mich gleich zu Beginn ein paar Worte zur aktuellen Relevanz einer solchen Untersuchung sagen. Mit der Zunahme des Neo-Wirtschaftsliberalismus seit der Finanzkrise nimmt auch die Beurteilung politischer Institutionen ausschließlich nach den ökonomischen und finanziellen Kriterien und dem Kriterium der Effizienz ständig

zu. Emotionale Argumente der Identität, der Bürgernähe, des Heimatbewusstseins, der Traditionen und der Geschichte, der Vielfalt sowie der demokratischen Partizipation

werden nicht mehr akzeptiert. Zahlenmäßig eher beschränkte Eliten des Zentralismus aus den Bereichen des oberen Managements von globalen Unternehmen, aus der Zentralbürokratie, den Zentralredaktionen der Medien sowie der großen Bildungsinstitutionen kampagnisieren seit Jahren gegen die Bundesländer und gegen den Föderalismus – offensichtlich um von absoluten Reformstillstand und der Unfähigkeit des Zentralstaates abzulenken. Anstatt sich dem wesentlich ergiebigeren Thema des Abspeckens der Zentralbürokratie zu widmen, nimmt man sich etwa die Landesparlamente aufs Korn, die finanziell im Gesamtgefüge des Staates nur einen verschwindend kleinen Posten ausmachen. Die Überheblichkeit, mit der hier vorgegangen wird und die Missachtung der Bedürfnisse und Wünsche der Menschen haben dazu geführt, dass das Wort Föderalismus in dieser elitären Schicht (die nicht nur aus Wien sondern zum Teil auch aus den Ländern stammt) zu einem Unwort geworden ist, über das man sich höhnisch lustig macht. Ich habe da gerade in jüngster Zeit meine persönlichen Erfahrungen gemacht. Ich halte das für eine demokratiepolitisch äußerst bedenkliche und gefährliche Entwicklung.

Der Föderalismus hat in Österreich seine Geschichte und seine Tradition und hat ganz wesentlich zu Frieden und Wohlstand und zur Einebnung der wirtschaftlichen Disparitäten unter den Regionen in unserem Land beigetragen. Trotzdem hat sich auch der Föderalismus immer wieder dem notwendigen Reformprozess zu unterziehen. Gott sei Dank führen in den Ländern nicht „Exekutivbeamte des Zentralstaates“ die Politik, sondern gewählte und regionale Repräsentanten. Die Politik in den Ländern wird in der überregionalen Berichterstattung meist stereotypen- und klischeehaft dargestellt und nur im Falle von Konflikten und Versagen ausführlicher behandelt. Diese kommen in viel größerem Ausmaß auf zentralstaatlicher Ebene vor – siehe Eurofighter-Debakel – und haben mit persönlichem und politischem Versagen, aber nichts mit dem politischen System als solchem zu tun.

Das vorliegende Buch zeugt von der Lebendigkeit, von der Vielfalt und der großen Unterschiedlichkeit der demokratischen Prozesse auf der substaatlichen Ebene der Länder und auch von der hohen Akzeptanz der demokratisch legitimierten Institutionen und Repräsentanten im Vergleich zur gesamtstaatlichen Ebene. Diese Tradition aus der

Ersten Republik hat sich – noch verstärkt – bis in die Gegenwart gehalten. Wer daher etwa die Abschaffung der Landtage aus reinen, einfältigen Kostengründen verlangt, der redet der Abschaffung einer demokratischen Entscheidungsebene das Wort, die äußerst lebendig ist und von den Bürgerinnen und Bürgern auch gerne (wie man an den Wahlbeteiligungen sieht) in Anspruch genommen wird.

Der im Buch untersuchte Zeitraum der Ersten Republik betrifft die Phase vormoderner Wahlkämpfe. Die ersten Landtagswahlen fanden in der „revolutionären Übergangszeit“ der Jahre 1918 bis 1920 statt die meisten Wahlen waren in der kurzen Phase der „innenpolitischen Konsolidierung“, die letzte Phase war ab 1929 die zunehmende präsidentenstaatliche Ära.

Insgesamt gab es in der Ersten Republik 36 Landtagswahl Kampagnen. Von den 36 Landtagswahlen wurden 16 gemeinsam mit den Nationalratswahlen durchgeführt. In Niederösterreich wurde 1927 sogar die Legislaturperiode des Landtags verlängert, um eine Zusammenlegung zu ermöglichen.

Für die Zusammenlegung sprachen Kostengründe, strategische Überlegungen und die Frage der Mobilisierung der Anhängerschaft.

Wenn auch die Entwicklung der Länder von der bundespolitischen Ebene nicht losgelöst betrachtet werden kann, verlief sie trotzdem keinesfalls einheitlich. Ganz im Gegenteil. Von den Bundesländern der neuen Republik weisen zwei am Beginn der Ersten Republik eine besondere Entwicklung auf: Burgenland und Kärnten. Das Burgenland war eine politische Neugründung aus mehreren ungarischen Komitaten und in Kärnten dominierte der Abwehrkampf gegen die territorialen Ansprüche Jugoslawiens. Daher wurde in beiden Ländern die erste Landtagswahl nicht 1919 sondern erst 1921 bzw. 1922 durchgeführt.

Die Entwicklung der **burgenländischen** Identität war schwierig und langwierig. SP gegen ehemalige Grafen und Barone, große Fabrikanten und die Millionen verdienenden Bankjuden. Der CSP wurde vorgeworfen, sie sei die alte habsburgische Hof- und Militärpartei. Sie seien Verräter, weil sie die Habsburger in Budapest wieder einsetzen wollten. „Margyaronenpartei“. Die LTW am 18. Juni 1922 brachte eine Sensation: SD wurde stimmenstärkste Partei. Vor allem im Norden in den klassischen Wanderarbeiter-Orten, Kleinpächter. SD verzichteten auf LH, traten freiwillig einen Regierungssitz an GD ab. LH wurde Alfred Rausnitz, der parteiunabhängige Landesverwalter (eher cs). Trat im

Juli 1923 zurück, danach ständige Wechsel zwischen LH der CS, SD und nationalem Landbund. keine wirklich gewachsene stabile Demokratie.

In **Kärnten** war die erste Zeit nach der Gründung der 1. Republik überlagert von der Frage der Grenzziehung gegenüber Jugoslawien. Am 10 Oktober 1920 fand die

Volksabstimmung darüber als „Mutter aller Propagandaschlachten“ statt. 95 % Wahlbeteiligung, 59 % für Österreich, 41 für Jugoslawien.

Für die Christlichsoziale Partei war Kärnten, bis in die Gegenwart ein äußerst schwerer Boden. Antiklerikal und national waren die dominierenden Prägungen, die sowohl im deutschnationalen als auch im sozialdemokratischen Lager stark vertreten waren.

Kein Wunder, dass bei den ersten Landtagwahlen, die erst am 19. Juni 1921 stattfanden, schon die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP) gemeinsam mit dem nationalen Kärntner Bauernbund eine Liste „Kärntner Wahlgemeinschaft“ bildete. Die Großdeutsche Volkspartei kandidierte auf einer eigenen Liste. Die SD hatten sicher mit der absoluten Mehrheit gerechnet, verfehlten sie aber deutlich, stellten aber den ersten Landeshauptmann.

Die Kärntner Slowenen erzielten rund 5,8 Prozent, ein Anteil, den sie in etwa während der gesamten 1. Republik hielten.

Bei der Landtagswahl 1923 kandidierten LB, CS, GDVP auf einer „Kärntner Einheitsliste“, die mit 55 Prozent eine klare Mehrheit erreichte. Die SD waren die großen Verlierer, die DNSAP zog in den LT ein. Landeshauptmann wurde Vinzenz Schumy vom Landbund.

Nach Spannungen innerhalb der Einheitsliste ging der Landbund bei der Landtagswahl 1927 eigene Wege, die neue „kleine Einheitsliste“ bestand aus CS, GDVP und DNSAP. Dirty Campaigning von der „Kärntner Tagespost“ gegen Schumy wegen fragwürdiger Holzgeschäfte und Androhung von Enthüllungen aus dem Privatleben, slowen. Form Sumy. Da alle gegen Schumy waren, wurde ein anderer Landbündler, Arthur Lemisch, Landeshauptmann.

Bei der LTW 1930, die schon von starker Radikalisierung gekennzeichnet war, kandidierten GVP und Landbund auf der Liste „Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund. Dr. Schober“. Listenführer war wieder Schumy. 22 Prozent. Der Heimatschutz erreichte 9 Prozent, die NS 7 Prozent. Die SD 38,7 %. Lemisch wurde wieder LH.

Die politisch-sozialen und geistig-kulturellen Traditionen der Ersten Republik in Kärnten wirkten weit in die 2. Republik hinein.

Auch in Oberösterreich und Niederösterreich mussten Grenzfragen in Richtung Böhmen und Mähren geklärt werden. Im Falle **Niederösterreich** ging es zu Beginn vor allem um die endgültige Trennung Wiens von Niederösterreich am 1. Jänner 1922. Bis dahin war es ein gemeinsames Bundesland. Dann wurde das Land getrennt in eine sichere

Hochburg der Sozialdemokraten, das „rote Wien“ und in das „Kernland“ Christlichsozialen, Niederösterreich.

Landeshauptmann Johann Mayer, der diese Funktion nach der LTW am 4. 5. 1919 übernahm und aus dem christlichsozialen Bauernbund kam, schaffte die Trennung von NÖ und Wien. Er wurde nach der LTW 1921 wiedergewählt, blieb bis 1922, es folgte ihm Dr. Karl Buresch. Rund um die Landtagswahl 1927 wurde eine beträchtliche Radikalisierung festzustellen, es wurde eine bürgerliche, antimarxistische Einheitsliste der Christlichsozialen, Großdeutschen und gemäßigten Teilen der NSDAP (Schulz) – ohne Landbund – gebildet, die 58 % erreichte. LH wurde wieder Karl Buresch, 1931 (BK) gefolgt von Josef Reither.

Konsenspolitik trotz gewaltbereiter Basis. Christlichsoziale hielten Mehrheit auch am 24. April 1932, aber NS 14 Prozent, Regierungssitz. LH wieder Buresch bis 1933 (Finanzminister), dann wieder Josef Reither.

Gegenüber dem Nationalsozialistischen Terror hilflos, immer noch Gegner CS – SD.

**Oberösterreich** ist ein besonderes Beispiel für Kontinuität und des Konsens, eine „Oase der politischen Stabilität“ bis 1933/34. Während ringsum bei den Landtagwahlen 1932 in Salzburg, Niederösterreich, Wien und Vorarlberg sich die politische Landschaft erdrutschartig änderte, konnten die politischen Parteien 1930 noch ihre Positionen verteidigen, die NS hatten keine Chance.

Kontinuität und Stabilität spiegeln sich auch in den Spitzenrepräsentanten des Landes wider:

Landeshauptmann Johann Hauser war von 1908 über alle Brüche hinweg bis 1927 LH.

Dann folgte ihm Josef Schlegel von 1927 – 1934. (dann Heinrich Gleissner 1934 – 38 und 1945 – 1971).

Diese politische Prägung des Landes setzte sich auch nach dem 2. Weltkrieg eigentlich bis heute fort.

Auch in **Tirol** ging es um die Frage der Grenzziehung, nämlich betreffend Südtirol. Die christlichsoziale Tiroler Volkspartei wollte zuerst überhaupt einen unabhängigen, neutralen Staat bestehend aus Nord- und Südtirol, dann spielte die Südtirolfrage ein zentrales Wahlkampfthema bei der Landtagswahl 1919 und später wurde die Frage des Anschlusses an Deutschland das zentrale landespolitische Thema. Diese Anschlussfrage war auch in Salzburg und der Steiermark ein zentrales Thema der politischen Auseinandersetzung.

Die Situation in Tirol war gekennzeichnet von der durchgehenden absoluten Mehrheit der Tiroler Volkspartei, einer ideologiefreien Partei der Mitte, vom Verlust Südtirols und einem radikalen Antisemitismus, vor allem gegen die Sozialdemokraten. Die Begriffe Wiener, Juden und Sozialdemokraten wurden synonym verwendet. Antisozialismus und Antisemitismus.

Was Südtirol betrifft wollten alle Parteien den deutschsprachigen Teil Tirols retten, Tirol in einem Staatsgebiet vereinen.

Für die SD war der Verbleib Nordtirols bei Österreich vorrangig.

Tiroler Volkspartei: Auch Selbständigkeitserklärung, sofern die Landeseinheit dadurch gerettet werden könnte.

Großdeutsche: Für ein Großdeutschland, das alle deutschsprachigen Gebiete Europas vereinte. Wenn dies nicht möglich, dann auch Selbständigkeitserklärung des vereinten Tirols.

LTW 1933 abgesagt, wegen der Wahlerfolge Hitlers in Deutschland, Erdrutschsieg der NSDAP in Österreich befürchtet.

Auch in **Vorarlberg** zeichnete sich ein Sonderweg ab. Bei einem Referendum sprachen sich über 80% für einen Anschluss an die Schweiz aus, da jedoch die Schweiz kein Interesse an einem zusätzlichen Kanton zeigte, wurde diese Idee wieder fallen gelassen. Hauptkennzeichen der Vorarlberger Wahlkämpfe ist die große Kontinuität. Mit sehr kurzer Unterbrechung war Dr. Otto Ender durchgehend von 1918 – 1924 Landeshauptmann von Vorarlberg. Auch sonst gibt es bei den Landespolitikern eine überdurchschnittlich große Kontinuität. Auch größere Verschiebungen bei den Wahlergebnissen gab es nicht. Die Christlichsozialen hielten immer ihre Zweidrittelmehrheit. Die Wahlkämpfe liefen immer etwa nach demselben Muster ab und waren vor allem kurz. Die CS verwiesen auf ihre Leistungen im „Musterlände“. Der



lange gepflegte Konsens wurde 1932 durch die Nationalsozialisten grundlegend attackiert.

In **Salzburg** wiederum trat die politische Stabilisierung erst ein paar Jahre nach dem Zusammenbruch der Monarchie ein, nämlich 1922 mit dem Amtsantritt von LH Rehl, der allerdings dann die Kontinuität bis 1938 darstellte. Prälat Alois Winkler, der von 1887 bis 1919 ununterbrochen entweder LH oder LHStv. war, setzte seine Tätigkeit nicht nur aus Altersgründen in der 1. Republik nicht fort. Die prägenden Personen der christlichsozialen Partei, Franz Rehl und Rudolf Ramek traten erst nach 1918 ins politische Blickfeld.

Ganz im Gegensatz zu OÖ waren in Salzburg die Nationalsozialisten verschiedenster Prägung von Anfang an einem mitgestaltenden Faktor. Bei den LTW 1922 bildeten die Christlichsozialen und Nationalsozialisten eine „Christlichnationale Wahlgemeinschaft“, was den NS einen Sitz in der Landesregierung brachte.

1927 bildeten die GD und die NS einen Wahlverband, der aber beiden nicht viel brachte. 1932 schafften die NS-Hitlerbewegung den Einzug in den Landtag und einen Sitz in der Landesregierung. Die verschiedenen Kooperationen der Parteien in der Vergangenheit hatten offensichtlich die Hemmschwelle gegenüber den NS stark gesenkt.

Die Tendenz zu einem starken dritten Lager bzw. zu kritischen Parteien gegenüber den regierenden Parteien ist bis zur Gegenwart durch die Aufsplitterung des Parteienspektrums festzustellen.

Die Situation in der **Steiermark** in der 1. Republik war geprägt von der äußerst umstrittenen Persönlichkeit des Landeshauptmannes Dr. Anton Rintelen, der dieses Amt von 1919 bis 1933 (mit kurzen Unterbrechungen) innehatte, der sich in vielen Bereichen zum Ausbau und zur Erhalt seiner persönlichen Macht über politische und rechtliche Normen hinwegsetzte. Kein Wunder, dass dieses Verhalten auch auf seine Umgebung abfärbte und die Steiermark über weite Strecken von verschiedensten Skandalen begleitet war. Dazu kam noch, dass bei den anderen Parteien das kritische und demokratische Verständnis fehlte, die die unzähligen Skandale nicht ausreichend thematisierten, nicht einmal in den Wahlkämpfen.

Eine Sonderstellung nimmt (natürlich) **Wien** ein. Am Anfang war Niederösterreich mit Wien das einzige Bundesland, in dem die Sozialdemokraten stimmen- und mandatsstärkste Partei waren, auf Grund der starken Stellung Wiens. Nach der – vor allem auch von den Christlichsozialen stark betriebenen – Trennung im Jahr 1921

wurde Wien zur Bastion der Sozialdemokraten mit hohem Gefühl- und Symbolwert, eröffnete ihnen viele Gestaltungsmöglichkeiten und brachte Wien die wachsende Abneigung der bürgerlichen Parteien und die Polarisierung mit den anderen Bundesländer. Die Sozialdemokraten konnten nun in den Wahlkämpfen ihre eigenen Strategien entwickeln und z. B. die neuen Medien wie Filme in Kinos usw. ausführlich für ihre Propaganda nutzen. Der großen Propagandamaschinerie der Sozialdemokraten hatten die Christlichsozialen nichts Adäquates entgegenzusetzen. 1932 hielten die

Sozialdemokraten ihre starke Position, sahen ihren Hauptgegner in den bürgerlichen Parteien und erkannten zu spät, dass die nationalsozialistische Protestkampagne, verbunden mit einer nie dagewesenen Radikalisierung die Nationalsozialisten in Landtag und Landesregierung schwemmten. In ihrem Jubel über den herben Verlust der Christlichsozialen erkannten die Sozialdemokraten die viel größere Gefahr der Nationalsozialisten nicht.

Die **Anschlussfrage an Deutschland** spielte in keinem Bundesland eine fundamental unterschiedliche Position zwischen den Parteien. Die Auseinandersetzung lief eher um die Frage, wer die bessere „deutsche Gesinnung“ hatte. Am wenigsten war der Anschluss-Gedanke bei den Christlich-sozialen verankert, am stärksten bei den Sozialdemokraten und den deutschnationalen. In den späten 20er Jahren übernahmen die Christlichsozialen immer mehr die katholisch-ständische Österreich Ideologie, die später grundlegend für den autoritären Ständestaat werden sollte.

Die **Printmedien** waren in den Wahlkämpfen ein zentraler Faktor, allerdings gab es fast ausschließlich nur Parteipresse. Generell waren fast alle Zeitungen parteigebunden oder politisch abgestempelt. Wenn auch mit unterschiedlicher Intensität des Naheverhältnisses, etwa Salzburger Volksblatt, national-liberal und großdeutsch, aber in oftmaligem Konflikt mit der GDVP. Alle Parteien verfügten über eine eigene Tagespresse, auch in den meisten Bundesländern. Ausnahme Burgenland und Niederösterreich wo es nur Wochen bzw. Monatsblätter für die Parteien gab. Die parteilose Illustrierte Kronen Zeitung widmete sich vorwiegend Kriminal- und Unglücksfällen und kaum dem politischen Geschehen.

Das am 1. Oktober 1924 in den regulären Betrieb gehende **Radio** spielte bei den Wahlen keine Rolle. Politische Verlautbarungen waren vom Sendebetrieb grundsätzlich ausgeschlossen, es gab also ein Politikverbot im Radio. Wahlwerbung über das Radio



war überhaupt gänzlich unbekannt, Wahlergebnisse durften erst bei späteren Wahlen über das Radio bekannt gegeben werden.

Die Wahlkämpfe waren zu einem erheblichen Teil Zeitungskriege nicht nur in Worten, sondern auch mit **Karikaturen**. Die Parteizeitungen informierten ausführlichst über die zahllosen Wahlversammlungen, druckten die Wahl aufrufe und Wahlprogramme ab und informierten über die Kandidatenlisten. Bei späteren Wahlkämpfen enthielten die Zeitungen aufgrund verbesserter Drucktechniken auch **Fotos** der Spitzenkandidaten. Keine besondere Rolle spielten die Inserate, da es ja kaum unabhängige Zeitungen gab.

**Inserate** wurden ausschließlich in den Parteizeitungen geschaltet. In der Illustrierten Kronen Zeitung gab es z.B. in der gesamten Ersten Republik keine einzige Inserat-Einschaltung einer Partei.

In den Parteizeitungen wurden außerdem die **Stimmzettel** der Parteien abgedruckt, die ausgeschnitten werden konnten und neben den amtlichen Stimmzettel als offizielle Stimmzettel galten. Neben den zahlreichen **Versammlungen** in Parteilokalen und Gasthäusern sowie **Aufmärschen** waren es schließlich die **Plakate**, die die Wahlkämpfe prägten. In der Ersten Republik wurde dabei stärker auf Bilder und Emotionen gesetzt, reine Text-Plakate gab es kaum. Außerdem sah man in den Straßen sogenannte **Sandwich-Männer** als Träger von Plakaten, die eine Innovation der Wahlwerbung darstellten und an amerikanische Muster erinnerten. Immer mehr kam auch der Einsatz von **Lichtbildern** und **Kinos** zum Vorschein. Das Werfen von Flugblättern aus fahrenden Autos und auch von Flugzeugen gab es bereits von Beginn der Ersten Republik an. In den meisten Bundesländern waren die Wahl-Versammlungen das zentrale Element der Kampagnen. Daraus entstand auch das Bestreben der Parteien, die Versammlungen der Gegner zu besuchen und zum Teil auch gewaltsam zu stören.

Das modernste Werbemittel in der Zwischenkriegszeit war der **Film**. So wurde etwa in Salzburg ein Film produziert, der die eigenen Leistungen der abgelaufenen Periode darstellte und bei den eigenen Wahlveranstaltungen gezeigt. Besondere Modernisierungselemente brachten die Nationalsozialisten 1932 in die Landtagswahlkämpfe, ohne aber an die modernen Wahlkämpfe der Nationalsozialisten in Deutschland heranzukommen. Sie brachten auch martialische Formen der Wahlwerbung mit Aufmärschen und Fackel-Zügen nach Österreich, dazu auch noch die uniformierten Parteianhänger. Damit wollte man den politischen Gegner einschüchtern.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, wurden **landespolitische Themen** nur selten in den Wahlkämpfen behandelt. In den allermeisten Fällen waren es **bundespolitische Themen**, die die Landtagswahlen überlagerten, nicht zuletzt auch wegen der in vielen Fällen gleichzeitig abgehaltenen Landtags und Nationalratswahlen. Erst bei den späteren Landtagswahlen begannen vor allem die Parteien, die den Landeshauptmann stellten, mit der Propagierung ihrer **Leistungen** in der abgelaufenen Periode. Interessant ist, dass trotz der oftmals langen Regierungszeit von Landeshauptmännern, diese in den Wahlkämpfen keine zentrale Rolle einnehmen. Das Ausmaß der

**Personalisierung** war äußerst gering. Der Fokus wurde auf ideologische Gegensätze gelegt.

Stark geprägt waren die Wahlkämpfe vom heute so genannten **negativ campaigning**. Dabei wurden nicht Personen als solche und in ihrer Privatsphäre angegriffen, sondern der politische Gegner insgesamt. Die Sprache war äußerst aggressiv und von einem Freund-Feind-Schema geprägt. Den Sozialdemokraten wurde vor allem am Anfang der Ersten Republik überwiegend vorgeworfen, dass sie einen revolutionären Umsturz anstreben würden. Dazu trugen die Errichtungen von Räterepubliken in Bayern und Ungarn bei. In der weiteren Folge boten die missverständlichen Formulierungen des Linzer Parteiprogramms im Zusammenhang mit der möglichen Errichtung einer „Diktatur des Proletariats“ einen Grund für Attacken der bürgerlichen Parteien gegen die marxistische Bedrohung. Den Christlich-sozialen wiederum wurde vorgeworfen, eine mögliche Restauration der alten (monarchistischen) Ordnung zu wollen und wurden als Mitschuldige an dem Weltkrieg dargestellt. Vorwürfe gegen die Christlich-sozialen gab es im Burgenland, die von den Sozialdemokraten als Ungarn-freundlich und monarchistisch dargestellt wurden.

In diesem Zusammenhang darf der **Antisemitismus** nicht unerwähnt bleiben. Grundsätzlich wiesen alle Parteien antisemitische Orientierungen auf, jedoch gab es graduelle Unterschiede im Ausmaß. Die Sozialdemokraten konzentrierten sich auf die ökonomischen Aspekte, konkret auf die „jüdischen Kapitalisten“, vor allem im Bereich der Großbanken. Die bürgerlichen Parteien verbanden ihre antimarxistische Rhetorik mit der maßgeblichen Rolle des „internationalen Judentums“ und kritisierten vor allem die Einwanderung der Ostjuden. Antisemitische Ausfälle waren vor allem in Salzburg und in

der Steiermark festzustellen, eine geringe Rolle spielte der Antisemitismus vor allem in Oberösterreich. In Salzburg wurde 1919 von den Christlich-sozialen der Ausschluss von Juden aus dem öffentlichen Dienst gefordert, in der Steiermark eine Beschränkung des Zugangs zu den Universitäten. Gegenseitig warfen sich alle Parteien vor, von Juden dominiert und finanziert zu sein.

Neben den verbalen Attacken gab es aber auch direkte, **gewaltsame Angriffe** auf die Wahlwerbung und auch auf die politischen Gegner selbst. Obwohl es immer wieder auch Abkommen zwischen den Parteien zur Regelung des Wahlkampfes kam, beteiligten sich daran nicht immer alle Parteien. Ich kam immer wieder zu gewalttätigen

Auseinandersetzungen zwischen Partei Anhängern. Punkt am heftigsten waren dabei die Auseinandersetzungen in Wien.

Die relativ **hohe Wahlbeteiligung** kann als Ausdruck einer hohen Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie auf Landesebene interpretiert werden. Das mit Ausnahme von Wien und Vorarlberg vorherrschende System der **Proporzregierung** kann in der Zwischenkriegszeit durchaus als ein System stabilisierender Effekt gewertet werden.

Die Untersuchungen über die Landtagswahlen in den österreichischen Bundesländern in der Zwischenkriegszeit geben auch Auskunft über die Eigenheiten eines Bundesstaates wie Österreich und auch über die Akzeptanz des **Föderalismus** in unserem Land. Die Bundesländer verfügen im Unterschied zu dezentralen oder zentralisierten Staaten über ein gewisses Maß an teilstaatlicher Souveränität, es gibt gewählte regionale Parlamente und Regierungen sowie durch die Verfassung definierte Gestaltungs- und Mitentscheidungsrechte. Die demokratische Legitimation für die politischen Exponenten auf Länderebene wird nicht vom Zentralstaat zugewiesen, sondern sie muss über periodisch wiederkehrende regionale Wahlen immer wieder aufs Neue erworben werden. Dabei muss berücksichtigt werden, dass in den einzelnen Bundesländern spezifische Kombinationen an historischen, sozialstrukturellen, ökonomischen und politischen Gegebenheiten vorhanden sind. Dabei spielte schon damals, so wie auch heute, die Überschaubarkeit eine große Rolle. Die Politik in den Ländern war, wie Herbert Dachs feststellt, auch damals schon eine Politik der relativ kurzen Wege. Dieser Faktor, verbunden mit den Proporz-Regierungen mit der Einbindung aller Parteien ab einer gewissen Mindeststärke garantierten, dass die Parteien an der Politik teilhaben, es

macht sie mitverantwortlich und erschwert extreme Konflikte. Dadurch wird die Bildung eines pragmatischen Grundkonsenses gefördert. Die engen Kompetenz- und Gestaltungsspielräume der Landespolitiker im österreichischen Föderalismus, die tristen wirtschaftlichen Aussichten und die Einbindung in die Landespolitik führten letztlich dazu, dass die Landespolitik in eine politische Rhetorik bzw. in eine ideologisch aufgeladene symbolische Phrase auswich.

Was bis heute gilt, ist die historische Erfahrung aus der 1. Republik, dass auch bei Bestehen eines pragmatischen Grundkonsenses unter den politischen Eliten die radikale Rhetorik zu einer Radikalisierung der Gesellschaft und zu politischer Gewalt führen kann.

Die in diesem Buch anhand der Landtagswahlkämpfe der 1. Republik dargestellte Vielfalt unserer Bundesländer möge dazu beitragen, dass jene Stimmen, die Österreich in die Richtung eines zentralistischen Einheitsstaates entwickeln wollen, wieder weniger werden. In diesem Sinne hoffe ich, Ihnen Appetit auf dieses Buch gemacht zu haben.